

# „Es geht mir um zeitgemäße Sicherheitspolitik“

## Dr. Hannes Androsch, Vorsitzender des Personenkomitees „Unser Heer“, erklärt, warum Österreich ein Berufsheer braucht.

*Sie waren doch bis vor kurzem ein Befürworter der allgemeinen Wehrpflicht, warum treten Sie nunmehr so vehement für die Einführung eines Berufsheeres ein?*

Aus der Einsicht, dass sich nach Ende des Kalten Krieges die sicherheitspolitischen Bedrohungen fundamental geändert haben. Damit ergeben sich, auch im europäischen Zusammenhang, andere Herausforderungen und Aufgaben für unser Heer. Die Vereinigten Staaten von Amerika, die jahrzehntelang Europa den entscheidenden Sicherheitsschutz gegeben haben, ziehen sich zunehmend zurück. Daher muss sich Europa in den gegebenen geopolitischen Zusammenhängen für seine eigene Sicherheit kümmern. Wofür jedes einzelne Land, also auch wir, einen angemessenen Beitrag leisten muss. Heute ist nicht mehr die territoriale Gefährdung unserer Sicherheit durch Panzer gegeben. Ein wesentlicher Gefahrenherd kommt inzwischen vielmehr aus der Steckdose, wie etwa als Cyberattacke, um nur ein Beispiel zu nennen. Zudem haben sich die militärtechnologischen Bedingungen grundlegend geändert, diese erfordern höhere Qualifikation und ständiges Training. Mit einem sechsmonatigen zwangsweisen Wehrdienst ist das nicht annähernd gewährleistet. Überdies haben sich auch die demografischen Verhältnisse geändert. Daher sind nahezu alle Länder Europas, zuletzt Deutschland und Irland, zu einem professionellen Berufsheer übergegangen. Wie in anderen Bereichen, etwa bei der Bildung oder bei der Altersversorgung, sind wir auch diesbezüglich Nachzügler und bestätigen das Wort von Napoleon: „Österreich ist immer um ein Jahr, eine Armee und eine Idee zurück“.

*Ist ein gewisser Dienst fürs Vaterland - ob als Präsenz- oder Zivildienst - wirklich gestohlene Zeit an jungen Menschen?*

Ja! Zwangsweiser Wehrdienst von 11.000 oder ebensolcher Zivildienst von 14.000 jungen Männern ist für die

Betroffenen eine Wehrsteuer in Naturalform. Gemeinschaftsdienst soll nicht zwangsweise, sondern freiwillig erfolgen. Zwangsweiser Wehrdienst ist ein Schaden für die Betroffenen und für die gesamte Wirtschaft. Er ist als Übung zum Betten machen, Schuhe putzen und zur Förderung der örtlichen Gastwirtschaft zu teuer und somit eine Verschwendung. Derzeit haben wir beim Bundesheer nahezu 24.000 freiwillig dauerhaft Beschäftigte, davon 15.000 militärisch und noch dazu mit einer für viele Aufgaben höchst nachteiligen Altersstruktur. Der Heeres-Personalaufwand beträgt 1,24 Milliarden Euro, das sind über 60 Prozent des Gesamtbudgets unserer Landesverteidigung. Länder wie die Schweiz oder Schweden haben mehr als doppelt so hohe Verteidigungsbudgets. Und was die Zukunft betrifft, so gilt es der demografischen Entwicklung mit geringer werdender Rekrutierungsbasis Rechnung zu tragen.

*Aus Ihrer Sicht gibt es zu wenig Profis im Heer, daher muss eine Berufsarmee kommen. Und diese soll - glaubt man Bundeskanzler Faymann und Verteidigungsminister Darabos - auch nicht teurer sein, als die jetzigen Strukturen. Wie soll sich denn das ausgehen?*

Gegenwärtig geht ein Großteil der Budgetmittel für die 24.000 dauerhaft Beschäftigten im Heeresbereich auf. Dazu kommt, dass die wirtschaftlichen Kosten der Wehrdiener höher sind als die Fiskalkosten, wie alle internationalen Studien belegen. Daher gibt es hier ein beträchtliches Einsparungspotenzial, mit dem Ziel eines schlankeren, qualifizierteren und besser ausgestatteten professionellen Berufsheeres.

*Wie sollen Ihrer Meinung nach qualifizierte Berufssoldaten abseits der Wehrpflicht gefunden werden?*

Genauso wie es möglich ist, 27.000 BerufspolizistInnen zu haben, die eine zweijährige Ausbildung und wiederkehrendes Training erfahren. Zum Kostenvergleich: Der Personalaufwand für die Berufspolizei beträgt nahezu 1,64 Milliarden Euro. Im Übrigen käme bei uns wohl niemand auf die Idee, statt einer freiwilligen Berufspolizei eine zwangsweise Bürgerwehr einzuführen.



**Es besteht die Gefahr, dass eine sinnvolle zukunftsorientierte Verteidigungspolitik in Österreich eine Niederlage erleidet.**

*Übertreiben die Blaulichtorganisationen, wenn sie sagen, das mit dem bezahlten Sozialdienst wird nicht wirklich funktionieren, der Zivildienst sei unersetzlich?*

Die Blaulichtorganisationen beanspruchen 40 Prozent der Zivildienster - und zwar für Hilfsdienste! Die Zivildienster dürfen nicht einmal als Fahrer bei Krankentransporten tätig sein, sondern sind nur Begleiter. Das deutsche Beispiel zeigt, dass sich für einen freiwilligen Sozialdienst doppelt so viele melden als genommen werden können, weil sich die Rekrutierungsbasis durch die Erwerbsmöglichkeit für Frauen und andere Altersgruppen wesentlich vergrößert hat. Überdies erlaubt ein freiwilliges Sozialjahr eine bessere Ausbildung und damit den dauerhaften Einstieg in Sozialdiensttätigkeit, wofür ohnehin zunehmender Bedarf besteht.

*Sie haben, ebenso wie Ihr Gegenüber in der Heeresdebatte, Veit Sorger, immer wieder kritische Worte zur Volksbefragung gefunden. Warum haben Sie sich dann von der SPÖ einspannen lassen? Noch dazu, wo seit 2011 eine Sicherheitsdoktrin unerledigt im Parlament liegt?*

Einspannen lasse ich mich von niemandem. Es geht mir aber um zeitgemäße Sicherheitspolitik. Dass es sich die Politik mit der Volksbefragung allzu leicht macht, habe ich schon mehrfach betont. Dabei erwartet die eine Seite, dass man die Katze im Sack kauft, weil sie ihre Absicht nicht deklarieren will. Sie verschweigt ihre Absicht, den allgemeinen Wehrdienst auf fünf Monate und den Zivildienst auf siebeneinhalb Monate zu verkürzen, was mit Sicherheit die schlechteste Möglichkeit darstellt.

*Wenn die Österreicherinnen und Österreicher am 20. Jänner mehrheitlich für die Beibehaltung der Wehrpflicht stimmen, ist das dann eine Niederlage für Sie?*

Ich persönlich kann weder einen Sieg erringen noch eine Niederlage erleiden. Allerdings besteht die Gefahr, dass eine sinnvolle zukunftsorientierte Verteidigungspolitik in Österreich eine Niederlage erleidet und wir dadurch auf Jahrzehnte hinaus sicherheitspolitische Nachzügler, verbunden mit gewaltiger fiskalischer, wirtschaftlicher und humaner Ressourcenverschwendung, bleiben.

*Das Gespräch führte Michael Thomas*